

## Aufgabenkatalog Rechtspflegertätigkeiten

Tätigkeits- schwer- punkt	Tätigkeit	erklärende Aufgabeninhalte/Beispiele	Anmerkungen/Fachkenntnisse
<b>Immobilienvollstreckung (Zwangsvollstreckung / Zwangsverwaltung)</b>	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	Prüfen der Vollstreckungsvoraussetzungen und Drittrechte	ZVG, ZPO, BGB, EGBGB, EGZVG, GBO, GBVfg, ZGB, HGB, GmbHG, RVG, GKG, HintIO, ZwVwV, Abgabenordnung, BauGB, BinSchG, FlurbG, GrESTG, GrStG, VermG, WVG, VerwaltungsvollstreckungsG, KAG M-V, Gebührenordnungen
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrenfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Entscheidung über Anordnung eines Verfahrens bzw. Beitritt zu einem laufenden Verfahren (Zwangsvollstreckung/Zwangsverwaltung/Versteigerung zur Aufhebung der Gemeinschaft) Entscheidung über Drittrechte (Eigentumsvorbehalt, Absonderungsrechte, Dritteigentum) Vollstreckungsschutzanträge nach § 765a ZPO Festsetzung des Verkehrswertes (§ 74a Abs. 5 ZPO) Festsetzung des geringsten Gebotes, gem. §§ 44 - 46, 10 ZVG Entscheidung über den Zuschlag (Erteilung und Versagung) nebst Grundbuch-Ersuchen Festsetzung der Verteilung (Aufstellung des Teilungsplans, Wiederversteigerung bei Nichtzahlung des Erlöses) Aufsicht über Zwangsverwalter, Prüfung der Jahres- und Schlussrechnungslegung Festsetzung der Vergütung des Verwalters	
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: Vollstreckungserinnerung § 766 ZPO Zuschlagsbeschwerde, Vollstreckungsbeschwerde § 793 Abs. 1 ZPO (Devolutiveffekt); Rechtspflegererinnerung	
	Abhalten von Terminen/ Verhandlungen	Durchführung des Versteigerungstermins (Terminsleitung mit Entscheidungen - Anträge nach §§ 30 ZVG, 765a ZPO, Wirksamkeit von Geboten und Gebotsabgaben, Sicherheitsleistungen §§ 67-70 ZVG) Durchführung des Verkündungstermins Durchführung des Verteilungstermins (Behandlung von Widersprüchen, Bestimmung von Hilfsberechtigten)	
<b>Grundbuch</b>	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	materielle und formelle Prüfung ( §§ 18 - 20 GBO) - z.B. Teilungserklärungen samt Abgeschlossenheitsbescheinigung und Aufteilungsplan, notarielle Urkunden nebst Vertretungsmacht, gerichtliche und behördliche Genehmigungen, Auslegung von Testamenten, Zwangsvollstreckung ins Grundbuch Erbenermittlung beim Verfahren nach § 82 GBO, ggf. Zwangsverfahren einleiten Prüfen ausländischen Rechts (IPR-Prüfung) besondere Grundbuchverfahren (z.B. Flurbereinigungsverfahren, Bodensonderung, freiwilliger Landtausch, Anlagenrechtsbescheinigung)	BGB, ZPO, GBO, GBV, EGBGB, WEG, ErbbauRG, FamFG (+ FGG), InsO (+ GesamtvollstrO), ZVG, HGB, FlurbG, GBBerG, VAG, BauGB, GrdstVG, StrWG-M-V, BeurkG, BNotO, GNotKG (+ KostO), KostVfg, LJKG-MV, JBeitRO, GrESTG, FlurbG, BoSoG, LwAnpG, GBGA, EGVerf sowie Verfassung der Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland, SMAD-Befehle, Reichssiedlungsgesetz, Entschuldungsgesetz, LPG-Gesetz, ZGB, Art. 233, 234 EGBGB, VZOG, VermG, ungeteilte Hofräume, HofV, Gebäudegrundbuchverfügung, SachenRBerG, GBMaßnG, BimAG, GBBerG, AusglLeistG, FIErwV, IPR, EuErbVO, IntErbRVG, EuEheVO, AO, GmbHG, AktG, UmwG, KAGB u.a., 5. Buch BGBm, HöfeO Hinterlegung
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrenfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Aufteilung, Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum, Erbbaurechten Begründung, Veränderung von Eigentum, Veränderung der Berechtigten am Erbbaurecht Eigentümerfeststellung im Grundbuchanlegungsverfahren §§ 116 ff. GBO Eintragung von Fortführungsnachweisen zur Teilung/Vereinigung oder Bestandteilszuschreibung Eintragung, Veränderung, Löschung von Rechten in Abt. II und III des Grundbuchs Fertigung der Grundbucheintragung Erstellen von Grundpfandrechtsbriefen bzw. Briefvermerken Kostenansatz festsetzen	
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: bei Zwischenverfügungen und Zurückweisung, Entscheidung über die Rechtsmittel gegen die Entscheidung der SE, Entscheidung über die Rechtsmittel gegen Kostenrechnungen, die von anderen GB-Rechtspfleger als Kostenbeamte erstellt wurden (Devolutiveffekt)	

Tätigkeits- schwer-punkt	Tätigkeit	erklärende Aufgabeninhalte/Beispiele	Anmerkungen/Fachkenntnisse
<b>Schiffsregister</b>	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	formelle und materielle Prüfung von Anmeldungen und Anträgen  Begründung und Veränderung von Eigentum Eintragung, Veränderung und Löschung von Rechten (z.B. Schiffshypotheken, Nießbrauch) Ausflaggung Erteilung von Schiffszertifikaten und -briefen Kostenansatz festsetzen	ZPO, BGB, HGB, SchRegO, SchRegDVO, SchiffsRG, FlaggRG, FIRV, ausländisches Firmen- und Registerrecht
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: bei Zwischenverfügungen und Zurückweisung (Devolutiveffekt)	

<b>Nachlass</b>	Aufnahme von Anträgen/ Publikumsverkehr	Aufnahme von Erbscheinsanträgen aufgrund gesetzlicher und gewillkürter Erfolge Abnahme und Beurkundung eidesstattlicher Versicherungen Ermittlung erforderlicher Urkunden, öffentliche Erbenaufrufe § 352d FamFG Aufnahme und Entgegennahme von Ausschlagungserklärung (Besonderheit: potenzielle Erben, gesetzliche oder bevollmächtigte Vertreter) Aufnahme von Anfechtungserklärungen bzgl. Ausschlagung/Annahme einer Erbschaft Aufnahme von Anträgen auf Erteilung eines Testamentsvollstreckerzeugnisses nebst Abnahme der eidesstattlichen Versicherung aufgrund testamentarischer Anordnung	BGB, ZGB, GBO, FamFG, FGG, VerschG, LPartG, NEhelG, RpfLG, EGBGB, KostO, GnotKG, ZPO, BeurkG, FGB, EuErbVO, SGB XII, ausländisches Recht
	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	Prüfung der Anträge auf Erteilung von Erbscheinen aufgrund gesetzlicher und gewillkürter Erfolge dabei Berücksichtigung der Staatsangehörigkeit des Erblassers, EU-Erbrechtsverordnung, Auswirkung von Adoptionen, nichteheliche Kinder, Auslegung von Verfügungen von Todes wegen Prüfen der Wirksamkeit von Erbausschlagungen und Anfechtungen, besonderes Verfahren bei Vor- und Nacherbfolge, Testamentsvollstreckung Prüfung von Genehmigungserfordernissen (z.B. familien- oder betreuungsgerichtliche Genehmigungen) Prüfen der Testierfähigkeit, besondere Prüfung bei Rückgabe von Erbverträgen (nur wenn ausschließlich erbvertragliche Regelungen enthalten sind)	
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Erteilung von Erbscheinen aufgrund gesetzlicher und gewillkürter Erbfolge sowie Feststellung des Erbrechts des Fiskus Einziehung und Kraftloserklärung von unrichtigen/fehlerhaften Erbscheinen (z.B. Auffinden weiterer Testamente, weitere Erben, nichteheliche Kinder, Eintritt des Nacherbfalls) Zeugnisse erteilen (Europäisches Nachlasszeugnis, Grundbuchzeugnis §§ 36, 37 GBO, Erteilung eines Testamentsvollstreckerzeugnisses unter Berücksichtigung der Arten der Testamentsvollstreckung) Stundung von Pflichtteilsansprüchen (ggf. gegen Sicherheitsleistungen) Sicherung des Nachlasses: Anordnung/Aufhebung von Nachlasspflegschaften, Überwachung der Tätigkeit des Nachlasspflegers, Erteilung nachlassgerichtlicher Genehmigungen nach Prüfung z.B. von Grundstückskaufverträgen und deren Werthaltigkeit, Sicherung und Erbenermittlung betreffend herrenloser Nachlässe, Auseinandersetzung z.B. mit Gläubigern, Vermietern, Banken, Herausgabeersuchen an Hinterlegungsabteilung Todeserklärungsverfahren besondere amtliche Verwahrung und Rückgabe von Verfügungen von Todes wegen Ablieferung von letztwilligen Verfügungen zwangsweise durchsetzen (Zwangsgeld, Gerichtsvollzieher)	
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: Erinnerung, Beschwerde (Devolutiveffekt)	
	Abhalten von Terminen/ Verhandlungen	Eröffnungstermine (§ 348 Abs. 2 S. 1 FamFG) Termine im Rahmen der Stundung von Pflichtteilsansprüchen Anhörung im Rahmen der Inventarisierung nach § 1993 BGB	

Tätigkeits- schwer- punkt	Tätigkeit	erklärende Aufgabeninhalte/Beispiele	Anmerkungen/Fachkenntnisse
<b>Handelsregister</b>	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und	formelle und materielle Prüfung von Anmeldungen im Handelsregister Prüfen von Gesellschafter- und Aufsichtsratslisten für das Registerportal	HGB, BGB, ZPO, FamFG, GmbHG, KWG, VVG, UmWG, AktG, PartG, GenG, HRV, VRV, GenV, EU-Richtlinien, ausländisches Recht, Europarecht, Bilanzrecht, Jahresabschlüsse, Steuerrecht, Übergangsrecht DDR/BRD
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Ersteintragung HR A inkl. Zulässigkeitsprüfung Firma (z.B. Einzelkaufmann, OHG, KG, Ltd. & Co. KG, EWIV) Folgeanträge und Änderungen HR A und HR B (z.B. Inhaberwechsel, ggf. Erbrechtsfeststellung und Testamentsauslegung, familien-/betreuungsgerichtliche Genehmigungen, Sonderrechtsnachfolge in Kommanditanteile) Prokura (Erteilung, Erlöschen, echte und unechte Gesamtprokura) Änderungen vertretungsberechtigter Organe (Ein- und Austritt, Änderung des Gesellschafterbestandes, Geschäftsführerwechsel, Wechsel Vorstand oder phG) Umwandlung von Gesellschaften inkl. Bilanzsicherung Freigabe der Gesellschafter- und Aufsichtsratslisten für das Registerportal, Eintragung von Widersprüchen aufgrund einstweiliger Anordnung oder Urteil amtswegige Eintragungen (Insolvenzvermerk, Firmenlöschung) Zwangmaßnahmen bei Nichterfüllung der Anmeldepflichten Erhebung von Ordnungsgeldern, z. B. Geführschäftführerwechsel, Anschriftenänderung	
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: bei Zwischenverfügung und Zurückweisung, Beschwerde gegen Zwangsgeldfestsetzung (Devolutiveffekt)	
	Abhalten von Terminen/ Verhandlungen	Anhörungen Erörterungstermine mit Beteiligten des Zwangsgeldverfahrens, § 390 FamFG	
<b>Vereinsregister/sonstige Register</b>	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	formelle und materielle Prüfung von Anmeldungen im Vereins-, Genossenschafts-, Partnerschafts-, Güterrechts-, Altregister (VEB, LPG u.a.)	
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Ersteintragung und Löschung (auch von europäischen Genossenschaften) Änderungen von Satzung/Vorstand oder Vertretungsmacht, Sitzverlegung, Satzungsänderung amtswegige Eintragungen: Insolvenzvermerke und Löschungen v.A.w. bei unzulässiger Satzungsbestimmungen, Wirtschaftlichkeit des Vereins, Wegfall aller Mitglieder nach vorheriger Anhörung, nach Beendigung der Abwicklung z.B. bei fehlender Zugehörigkeit zu einem Prüfverein Entzug der Rechtsfähigkeit inkl. Löschung nach Rechtskraft des entsprechenden Beschlusses Bestellung von Nachtragsliquidatoren Schließung nach § 4 VRV Löschung nach Liquidation Ersteintragung bzgl. vereinbarter Gütertrennung, modifizierter Zugewinnsgemeinschaft, Gütergemeinschaft	
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: bei Zwischenverfügung und Zurückweisung, Beschwerde gegen Zwangsgeldfestsetzung (Devolutiveffekt)	
	Abhalten von Terminen/ Verhandlungen	Anhörungen Erörterungstermine mit Beteiligten des Zwangsgeldverfahrens, § 390 FamFG	

Tätigkeits- schwer-punkt	Tätigkeit	erklärende Aufgabeninhalte/Beispiele	Anmerkungen/Fachkenntnisse
<b>Mobiliarvollstreckung</b>	Aufnahme von Anträgen/ Publikumsverkehr	Vollstreckungsanträge Vollstreckungsschutzanträge Anträge nach §§ 850h und 850f ZPO PKH-Anträge Vollstreckungsabwehrklagen, Vollstreckungserinnerungen, Beschwerden	ZVG, ZPO, BGB , EGBGB , RVG, GKG, InsO, FamFG, SGB II + XII, Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II, Vollstreckung aus europäischen Vollstreckungstiteln
	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	Prüfung der allgemeinen Verfahrensvoraussetzungen, der allgemeinen und besonderen Vollstreckungsvoraussetzungen, Fehlen von Vollstreckungshindernissen, Sicherungsvollstreckung gem § 720a ZPO, vorläufiges Zahlungsverbot Prüfen der Notwendigkeit geltend gemachter Vollstreckungskosten	
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Entscheidung über PKH-Anträge, auch Beiordnungen von Rechtsanwälten Entscheidung über Kostenfestsetzungsanträge (§ 788 ZPO, §§ 103,104 ZPO, § 10 RVG) Hilfspfändung § 836 Abs. 3 ZPO Pfändungsschutzkonto: Entscheidung über die Festsetzung gem. § 850k Abs. 4 ZPO und Bestimmung der pfändungsfreien Beträge gem. § 850k Abs. 5 ZPO Pfändung von Arbeitseinkommen und Sozialleistungen wegen einfacher und privilegierter Forderung Entscheidung über Anträge auf Versteigerung durch Dritte Festsetzung der Verteilung Anordnung von öffentlichen Zustellungen einstweilige Einstellung von Vollstreckungsverfahren Entscheidung über Vollstreckungsschutzanträge u.a. § 765a ZPO, insbes. Räumungsschutz Löschung Haftbefehl Festsetzung von Vollstreckungskosten	
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: Vollstreckungserinnerung § 766 ZPO, Vollstreckungsbeschwerde § 793 ZPO, Entscheidung über Widersprüche gegen Eintragungsanordnungen § 882d ZPO und Anträge auf einstweilige Aussetzung der Eintragung in das Schuldnerverzeichnis (Devolutiveffekt)	
	Abhalten von Terminen/ Verhandlungen	Erörterungstermin mit Gläubigern und dem Schuldner, § 875 ZPO Verteilungstermin	

Tätigkeits- schwer-punkt	Tätigkeit	erklärende Aufgabeninhalte/Beispiele	Anmerkungen/Fachkenntnisse
<b>Familiensachen (elterliche Sorge, Vormundschaften, Pflegschaften u.a.)</b>	Aufnahme von Anträgen/ Publikumsverkehr	einstweilige Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz Unterbringung von Minderjährigen in einer geschlossenen Einrichtung Umgangsrecht Übertragung des Aufenthaltsbestimmungsrechts Ersetzen der Einwilligung eines Elternteils	VersAusglG, FGG-RG, FamFG, BGB, EStG, LPartG, VerschG, StAG, SGB X, VII und VIII, VwVfG, AO, BKGG, UVG, ZPO, Sachenrechtsbereinigungsg, JGG, Namensrechtsänderungsg, PstG, JBeitO InsO, VBVG, RVG, Bank-, Kapitalmarkt- und Wertpapierrecht, Handels-, Nachlass-, Vertragsrecht
	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	Prüfen der Genehmigungsbedürftigkeit und der Genehmigungsfähigkeit (z.B. mündelsichere Geldanlage, Grundstücksgeschäfte, Erbausschlagungen, Genehmigungen nach dem Namensänderungsgesetz) Prüfung von Regressen und Durchsetzung der Ansprüche, ob regelmäßige Zahlungen aus Einkommen erfolgen können Prüfung der Schlussrechnung	
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Anordnung von Maßnahmen zur Abwendung einer Gefährdung des Kindesvermögens, z.B. Beschluss über den Entzug der Vermögenssorge Anordnung der Vormundschaft/Pflegschaft Bestellung des Vormundes/Pflegers, Verpflichtung, Entlassung und Neubestellung Überwachung der Tätigkeit des Vormundes/Pflegers (Vermögensverwaltung, Vermögensanlage u.a.) Festsetzung der Vergütung, Aufwendungsersatz, Vorschuss und Aufwandsentschädigungen Festsetzung der Vergütung des beigeordneten Rechtsanwalts gem § 55 RVG Erteilung und Versagung von Genehmigungen Festsetzung durch Beschluss bzw. Zurückweisung, Entscheidung über die Zulässigkeit von Einwendungen u. VKH-Anträgen, Kostenentscheidung im vereinfachten Unterhaltsverfahren Bezifferung dynamisierter Unterhaltstitel zum Zweck der Auslandsvollstreckung, § 245 FamFG Festsetzung von Ordnungs- und Zwangsgeld Kostenfestsetzungsverfahren nach § 85 FamFG, §§ 103 ff. ZPO, § 11 RVG (z.B. in Scheidungs- und Scheidungsfolgesachen, selbstständige Familienstreitsachen)	
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: Erinnerung, Beschwerde (Devolutiveffekt)	
	Abhalten von Terminen/ Verhandlungen	Erörterungs- und Anhörungstermine (z.B. Vormundschaften, Entzug der Vermögenssorge, Einbenennung des Kindes)	

Tätigkeits-schwer-punkt	Tätigkeit	erklärende Aufgabeninhalte/Beispiele	Anmerkungen/Fachkenntnisse
<b>Betreuungen</b>	Aufnahme von Anträgen/ Publikumsverkehr	Einführungsgespräch mit dem Betreuer Beratung des Betreuers Antragsaufnahme Betreuung	BGB, Sozialhilferecht, ZPO, VbVG, BGB, SGB XVII u.a., FamFG, GNotG, RVG, JVEG, Bank-, Kapitalmarkt- und Wertpapierrecht, Handels-, Nachlass, Vertragsrecht
	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	Prüfung der Rechnungslegung auf sachliche und rechnerische Richtigkeit Prüfung einer ordnungsgemäßen Vermögensverwaltung Prüfung von Regressen und Durchsetzung der Ansprüche, ob regelmäßige Zahlungen aus Einkommen erfolgen können Prüfen der Genehmigungsbedürftigkeit und der Genehmigungsfähigkeit (z.B. mündelsichere Geldanlage, Grundstücksgeschäfte, Erbausschlagungen) Prüfen, ob der Betreuungsplan den Wünschen des Betroffenen entspricht und umsetzbar ist Prüfung der Notwendigkeit der Bestellung von Kontrollbetreuern	
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Erteilung und Versagung von Genehmigungen (z.B. Wohnungskündigung, Lebens- und Sterbegeldversicherungen, Grundstücksverkauf) Anordnung der Erstellung eines Betreuungsplans, § 1901 BGB Anordnung der Bestellung eines Kontrollbetreuers Entziehung der Vertretungsmacht des Betreuers bei Interessenkollisionen Verpflichtung von Betreuern Festsetzung von Ordnungs- und Zwangsgeld	
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: Erinnerung, Beschwerde (Devolutiveffekt)	
	Abhalten von Terminen/ Verhandlungen	Anhörungen (u.a. zum Betreuungsplan)	

<b>Verbraucherinsolvenz</b>	Aufnahme von Anträgen/ Publikumsverkehr	<i>Vornahme von Anhörungen Abnahme von Eidesstattlichen Versicherungen</i>	§ 18 Absatz 4 Satz 1 und 2 RpfVG: Ein Beamter auf Probe darf im ersten Jahr seiner Ernennung Geschäfte des Rechtspflegers in Insolvenzsachen nicht wahrnehmen. Besondere Kompetenzen: Rechtspfleger in Insolvenzsachen sollen über belegbare Kenntnisse des Insolvenzrechts, Grundkenntnisse des Handels- und Gesellschaftsrechts und der für das Insolvenzverfahren notwendigen Teile des Arbeits-, Sozial- und Steuerrechts und des Rechnungswesens verfügen.
	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	<i>Prüfung/Aufhebung der Kostenstundung Prüfung der Forderungsanmeldungen (Führung der Insolvenztabelle; Behandlung von Widersprüchen) Prüfung des Schlussberichts und der Rechnungslegung</i>	
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	<i>Anordnung von Zwangsmaßnahmen Anordnung/Aufhebung von Postsperr Entlassung und Neubestellung des Verwalters; Beaufsichtigung des Verwalters Erteilung oder Versagung der RSB § 298 InsO Einstellung oder Aufhebung des Verfahrens Bestellung eines Treuhänders für die Wohlverhaltensphase Einsetzung eines Gläubigerausschusses, Entlassung eines Mitglieds Anordnung einer Nachtragsverteilung Erteilung vollstreckbarer Ausfertigungen (Tabellenauszug b. Rechtsnachfolge) Vergütungsfestsetzung (vorläufiger Insolvenzverwalter, Insolvenzverwalter, Sachwalter, Treuhänder, Gläubigerausschussmitglied - ggf. mit Zuschlagsbemessung) Entscheidung über die Stilllegung oder Veräußerung des Unternehmens Entscheidung über Einwendungen gegen das Verzeichnis Kostenansatz festsetzen (Unternehmensinsolvenz) Entscheidung über Zwangsvollstreckungsanträge (z. B. Zusammenrechnung von Arbeitseinkommen; Pfändungsfreibeträge §§ 850 ff. ZPO, Vollstreckungsschutz gem. § 765a ZPO)</i>	
	Entscheidung über Rechtsmittel	<i>Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: Erinnerung, Beschwerde (Devolutiveffekt)</i>	
Abhalten von Terminen/ Verhandlungen	<i>Leitung von Berichts-, Prüfungs- und Schlussterminen (Festsetzung von Stimmrechten, Aufhebung von Beschlüssen)</i>		

Tätigkeits- schwer-punkt	Tätigkeit	erklärende Aufgabeninhalte/Beispiele	Anmerkungen/Fachkenntnisse
<b>Unternehmensinsolvenz</b>	Aufnahme von Anträgen/ Publikumsverkehr	<i>Vornahme von Anhörungen Abnahme von Eidesstattlichen Versicherungen</i>	§ 18 Absatz 4 Satz 1 und 2 RpfLG: Ein Beamter auf Probe darf im ersten Jahr seiner Ernennung Geschäfte des Rechtspflegers in Insolvenzsachen nicht wahrnehmen. Besondere Kompetenzen: Rechtspfleger in Insolvenzsachen sollen über belegbare Kenntnisse des Insolvenzrechts, Grundkenntnisse des Handels- und Gesellschaftsrechts und der für das Insolvenzverfahren notwendigen Teile des Arbeits-, Sozial- und Steuerrechts und des Rechnungswesens verfügen.
	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	<i>Prüfung/Aufhebung der Kostenstundung Prüfung der Forderungsanmeldungen (Führung der Insolvenztabelle; Behandlung von Widersprüchen) Prüfung des Schlussberichts und der Rechnungslegung</i>	
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	<i>Anordnung von Zwangsmaßnahmen Anordnung/Aufhebung von Postsperre Entlassung und Neubestellung des Verwalters; Beaufsichtigung des Verwalters Erteilung oder Versagung der RSB § 298 InsO Einstellung oder Aufhebung des Verfahrens Bestellung eines Treuhänders für die Wohlverhaltensphase Einsetzung eines Gläubigerausschusses, Entlassung eines Mitglieds Anordnung einer Nachtragsverteilung Erteilung vollstreckbarer Ausfertigungen (Tabellenauszug b. Rechtsnachfolge) Vergütungsfestsetzung (vorläufiger Insolvenzverwalter, Insolvenzverwalter, Sachwalter, Treuhänder, Gläubigerausschussmitglied - ggf. mit Zuschlagsbemessung) Entscheidung über die Stilllegung oder Veräußerung des Unternehmens Entscheidung über Einwendungen gegen das Verteilungsverzeichnis Kostenansatz festsetzen (Unternehmensinsolvenz) Entscheidung über Zwangsvollstreckungsanträge (z. B. Zusammenrechnung von Arbeitseinkommen; Pfändungsfreibeträge §§ 850 ff. ZPO, Vollstreckungsschutz gem. § 765a ZPO)</i>	
	Entscheidung über Rechtsmittel	<i>Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: Erinnerung, Beschwerde (Devolutiveffekt)</i>	
	Abhalten von Terminen/ Verhandlungen	<i>Leitung von Berichts-, Prüfungs- und Schlussterminen (Festsetzung von Stimmrechten, Aufhebung von Beschlüssen)</i>	

Tätigkeits- schwer-punkt	Tätigkeit	erklärende Aufgabeninhalte/Beispiele	Anmerkungen/Fachkenntnisse
<b>Straf- und Owi-Sachen inkl. Kostenfestsetzung (Amtsgerichte)</b>	Aufnahme von Anträgen/ Publikumsverkehr	Rechtsantragstelle: Aufnahme von Erklärungen und Begründung von Rechtsbeschwerden, Revision in Strafsachen, Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens	OWiG, RpfLG, BegrenzungsVO, StPO, ZPO, GKG, JVEG, GVG, RVG, JbeitrO, EBAO, Durchführungsbestimmungen PKH  StGB, StVollstrO, JGG, RLJGG, Vollstreckungsplan M-V, Strafprozessordnung, EGStGB, BZRG  Rechtspfleger als Vollstreckungsleiter in Owi-Sachen  Übertragung der Vollstreckungsleitung auf den Rechtspfleger aufgrund richterlicher Anordnung bei Jugendstrafvollstreckung
	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	Ausführung von Fahndungsmaßnahmen (INPOL/BZR) Ausführung richterlicher Vollstreckungsanordnungen (Ladung zum Strafantritt, Aufnahmeersuchen, Strafzeitberechnung) Maßnahmen Entziehung Fahrerlaubnis/Führerschein, Fahrverbot Maßnahmen Verfall, Entziehung, Unbrauchbarmachung, Vernichtung Maßnahmen zur Vollstreckung von Ordnungsmitteln (Zwangsgeld, Zwangshaft) gegen Jugendliche Maßnahmen im Rahmen der Führungsaufsicht (Mitwirkung bei der Vollstreckung und der Überwachung von Weisungen und Auflagen) und bei Anordnung eines Fahrverbotes Maßnahmen zur Ausführung richterlicher Anordnungen über die Wegnahme von Gegenständen	
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Gewährung von Zahlungserleichterungen bei Geldbußen und Nebenfolgen mit Geldzahlung Geschäfte bei der Durchführung der Beschlagnahme (§ 111f StPO, § 46 OwiG) Vollstreckung von Geldbußen, Nebenfolgen, Erzwingungshaft, Jugendarrest, vorzeitige Beitreibung, Notveräußerung Erlass eines Vollstreckungshaft- und Vorführungsbefehls und Zwangszuführung zum Jugendarrest sowie Maßnahmen zu Vollziehung Entscheidung in Kostenfestsetzungsverfahren (z.B. Freisprüche, Kostenentscheidungen mit Quotelung, Erstattungsfähigkeit bei Inanspruchnahme mehrerer Anwälte, Prüfung der Erstattungsfähigkeit von Gebühren gem. RVG) Festsetzung notwendiger Auslagen der Beteiligten, Anhörung des Vertr. der Staatskasse Festsetzung notwendiger Auslagen gegen den Angeklagten Festsetzung der Vergütung von gerichtlich bestellten Rechtsanwälten (Pflicht-verteidiger, Nebenklägervertreter, Zeugenbeistand, Vertr. des Adhäsionsklägers) Feststellung des Übergangs von Ansprüchen auf die Staatskasse Festsetzung der notwendigen Auslagen in Freiheitsentziehungssachen, z.B. gegen Verwaltungsbehörden Festsetzung der Vergütung gem. § 11 RVG	
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: Erinnerung, Beschwerde (Devolutiveffekt)	

<b>Beratungshilfe</b>	Aufnahme von Anträgen/ Publikumsverkehr	Antragsaufnahme für Berechtigungsschein Beratungshilfe durch den Rechtspfleger	BerHG, ZPO, RVG
	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	Prüfung der Bedürftigkeit (persönliche, wirtschaftliche Verhältnisse; andere Hilfsmöglichkeit)	
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Entscheidung über den Beratungshilfeantrag Festsetzung der RA-Vergütung Aufhebung der Bewilligung	
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: unbefristete Erinnerung gegen Ablehnung	



Tätigkeits- schwer-punkt	Tätigkeit	erklärende Aufgabeninhalte/Beispiele	Anmerkungen/Fachkenntnisse
<b>Zivilsachen</b>	Aufnahme von Anträgen/ Publikumsverkehr	Rechtsantragstelle: Aufnahme von Klagen; Rechtsschutz (einstweilige Verfügungen), Einspruch gegen europäischen Zahlungsbefehl (§ 1090 ff ZPO) bzw. Einwendungen gegen den darin titulierten Anspruch (§ 1095 ZPO)	BGB, ZPO, GBO, ZVG, KostO, RVG, VV RVH, FamFG, HGB  Auslandsbezug: VO(EG) Nr. 805/2004, VO (EG) Nr. 1896/2006, RiVaSt, Haager Übereinkommen, Schengener Durchführungsübereinkommen, EuZVO, ZRHO, Haager Beweisübereinkommen, Haager Zustellungsübereinkommen
	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	Maßnahmen bei Ordnungsgeldvollstreckung einschließlich Erlass von Haftbefehlen bei Vollstreckung ersatzweiser Ordnungshaft Prüfung im Rahmen europäischer Vollstreckungstitel (Zustellungsverfahren, Qualifikation als unbestrittene Forderung, Bestätigung für ausländische Vollstreckung)	
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Entscheidung in Kostenfestsetzungsverfahren (§§ 104 ff. ZPO, § 11 RVG, Gerichtskosten im internationalen Rechtshilfeverkehr) Feststellung des Übergangs auf die Staatskasse Festsetzung der PKH-Vergütung, Abänderung von Zahlungsanordnungen, Aufhebung PKH Erteilung von qualifizierten Klauseln und Rechtsnachfolgeklauseln Anordnung der Klageerhebung (§ 926 ZPO) Entscheidung über die Rückgabe der Sicherheit (§ 715 ZPO) Entscheidung über Freigabe von Sicherheitsleistung (§ 109 ZPO) Aufgebotsverfahren	
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe-/Nichtabhilfeentscheidung: Erinnerung, Beschwerde (Devolutiveffekt)	
<b>zentrale Rechtsantrag- stelle</b>	Aufnahme von Anträgen/ Publikumsverkehr	Aufnahme von Klagen, Anträgen, einstweiligen Verfügungen, Rechtsmitteln in den Bereichen Zivil-, Straf-, Familien-, Vollstreckungs-, Nachlass-, Betreuungssachen, Arbeitsrecht Abnahme von eidesstattlichen Versicherungen außerhalb eines Verfahrens	fächerübergreifende Kenntnisse in vielen Rechtsgebieten: u. a. Zivilprozess, Strafrecht und Strafverfahrensrecht, Vollstreckungsrecht; Mietrecht, Arbeitsrecht
	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	Prüfung von Verfahrensarten, Zuständigkeiten und Antragsinhalten	
<b>fachbezogene Rechtsantragstelle</b>	Aufnahme von Anträgen/ Publikumsverkehr	Aufnahme von Klagen, Anträgen, einstweiligen Verfügungen, Rechtsmitteln in den Bereichen Zivil-, Straf-, Familien-, Vollstreckungs-, Nachlass-, Betreuungssachen, Arbeitsrecht Abnahme von eidesstattlichen Versicherungen außerhalb eines Verfahrens	fächerübergreifende Kenntnisse in vielen Rechtsgebieten: u. a. Zivilprozess, Strafrecht und Strafverfahrensrecht, Vollstreckungsrecht; Mietrecht, Arbeitsrecht
	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	Prüfung von Verfahrensarten, Zuständigkeiten und Antragsinhalten	

Tätigkeits- schwer-punkt	Tätigkeit	erklärende Aufgabeninhalte/Beispiele	Anmerkungen/Fachkenntnisse
<b>Strafvollstreckung - StA</b>	Aufnahme von Anträgen/ Publikumsverkehr	Anträge auf Strafaufschub, Zahlungserleichterungen, gemeinnützige Arbeit, Aufnahme von Anzeigen und Strafanträgen	StGB, StPO, StVollstrO, OWiG, EBAO, JBeitrO, BtMG, Verwaltungsvorschriften, Dienstanweisungen, Hausverfügungen etc.
	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungsrecherche, Vollzugsgeschäfte	Prüfung auf Absehen von der Vollstreckung einer Geldstrafe oder der Ersatzfreiheitsstrafe (§ 459 ff. StPO)	
		Prüfung der formellen Voraussetzungen: der Anordnung des Einsatzes der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) § 68 b Abs. 1 S. 1 Nr. 12, S. 3 Nr. 1, 2 StGB der Anordnung von Maßnahmen nach der VV FoKuS bei Verlust der Amts- und Wählbarkeit (§ 45 StGB) Anordnung der Sicherungsverwahrung	
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Vollstreckung von Freiheitsstrafen, Geldstrafen/Ersatzfreiheitsstrafen, Geldbußen, Maßregeln und Nebenfolgen (jeweils ein oder mehrere Strafen und Gesamtstrafen, Jugendstrafen nach Abgabe durch den Jugendrichter)	
		Ladung zum Strafantritt, Fertigung des Aufnahmeersuchens, ggf. Fertigung des Überführungersuchens und Strafzeitberechnung, Erlass Vorführungs- und Haftbefehl und Vollstreckungsauftrag	
		Fahndungsmaßnahmen (Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung, Niederlegung eines Suchvermerks, Ausschreibung zur Festnahme, Vorbereitung Europäischer Haftbefehl, Ausschreibung im SIS)	
		Überwachung der rechtzeitigen Entlassung, Abschlussverfügung, Fertigung eines Entlassungersuchens, Einholung von Stellungnahmen	
		Absehen von der Vollstreckung bei Auslieferung (§ 456 a StPO), einer Geldstrafe oder der Ersatzfreiheitsstrafe (§ 459 ff. StPO)	
		Zurückstellung der Vollstreckung nach § 35 BtMG	
		Entscheidung über Anträge auf Strafaufschub, Zahlungserleichterungen (Stundungs- und Ratenzahlungsgesuche) und gemeinnützige Arbeit	
		Erlass von Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen, Antrag auf Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, Antrag auf Eintragung einer Sicherheitshypothek, ggf. Antrag auf Einleitung eines Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungsverfahrens	
		Strafvollstreckung mit Auslandsbezug (von im Ausland verhängten Freiheitsstrafen § 84a IRG, Geldstrafen im Ausland, besondere Behandlung ausländischer Führerscheine)	
		Unterbringung in psychiatrischem Krankenhaus, Entziehungsanstalt, (incl. Prüfung Vorwegvollzug Freiheitsstrafe, Krisenintervention)	
	Tätigkeiten der Vollstreckungsbehörde in Bezug auf die Führungsaufsicht		
Entscheidung über Rechtsmittel	§ 31 Abs. 6 RPfIG (nach verfahrensrechtlichen Vorschriften oder "unbefristete Erinnerung"),		

Tätigkeits- schwer- punkt	Tätigkeit	erklärende Aufgabeninhalte/Beispiele	Anmerkungen/Fachkenntnisse
Finanzermittlungen/ Vermögensabschöpfung	Aufnahme von Anträgen/ Publikumsverkehr	Anträge auf Pfändungsschutz	StGB, StPO, InsO, HGB, GBO, ZVG, ZPO, BGB, Dienstanweisungen, Hausverfügungen etc.
	rechtliche Prüfung von Eingängen, Anträgen, Anmeldungen inkl. Fall- und Rechtsprechungs- recherche, Vollzugsgeschäfte	Prüfung, ob für gesicherte Gegenstände die Notveräußerung erforderlich ist	
	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Vollstreckung des dinglichen Arrestes/Beschlagnahme/Verfall, Freigabe von Vermögenswerten und Aufhebung (Ersuchen an das Grundbuchamt oder Schiffsregister, Forderungspfändung, Pfändung beweglicher Sachen, wenn diese nicht durch Ermittlungspersonen oder den Gerichtsvollzieher erfolgt, Erteilung von Löschungsbewilligungen, Herausgabe, Aufhebung von Pfändungen)	
		Anordnung und Durchführung der Notveräußerung (Einholung eines Wertgutachtens, Anhörung der Beteiligten, Prüfung anderweitiger Verwertung, z. B. Justiz- oder Zollauktion, freihändiger Verkauf, Beauftragung Gerichtsvollzieher)	
		Übertragung der gesicherten Vermögenswerte an die Geschädigten nach rechtskräftiger Zulassung zur Zwangsvollstreckung gemäß § 111 g StPO und Vorliegen bzw. Nachweis von entsprechenden Zwangsvollstreckungsmaßnahmen an dieselben	
		Entscheidung über Einwände gegen die Art und Weise der Vollstreckung und Pfändungsschutz	
		Verwertung der gesicherten Vermögenswerte und Beitreibung durch weitere Zwangsvollstreckungsmaßnahmen (Erlass von Überweisungsbeschlüssen, Veräußerung gesicherter beweglicher Sachen, Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückübertragung von Grundstücken, Ersuchen um Eintragung des Landes M-V als Eigentümer an das GBA, Auszahlungsanträge an die Hinterlegungsstelle beim Amtsgericht etc.)	
	Entscheidung über Rechtsmittel	§ 31 Abs. 6 RPfIG (nach verfahrensrechtlichen Vorschriften oder "unbefristete Erinnerung")	
Kosten- festset- zung	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Kostenfestsetzung im PKH-Verfahren (PKH-Vergütung nach § 45 RVG, Feststellung nach § 59 RVG, weitere Vergütung nach § 50 RVG ) Kostenfestsetzung nach § 104, 105 ,106, 126 ZPO Vergütungsfestsetzungsverfahren nach § 11 RVG	BGB, ZPO, KostO, InsO, RVG, HGB, JVEG, DB-PKH, VV Vergütungsfestsetzung, GKG, JBeitrO, GVO, FGO, StBVV, VwGO
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe/Nichtabhilfe: Erinnerung	
Streitwert- berech- nung FG			
PKH- Angelegen- heiten	Entscheidung über Anträge und Anmeldungen bzw. Verfahrensfortgang inkl. Verfassen der Entscheidung samt Begründung	Überprüfung der PKH-Bewilligungen nach Abschluss des Verfahrens, Änderung der PKH-Bewilligungen nach § 120a ZPO Bestimmung Zeitpunkt/ Wiederaufnahme Zahlungen nach § 120 ZPO, Aufhebung der Bewilligung von PKH nach § 124 ZPO  Prüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse (gem. § 73a SGG, § 166 VwGO, § 142 FGO) ggfs mit ablehnender Beschlussfassung	SGG, ZPO, VV DB -PKH, BGB,
	Entscheidung über Rechtsmittel	Abhilfe/Nichtabhilfe: Erinnerung	
Aus- bil- dung		Anleitung und Betreuung der Anwarter in der Praxis nach APO	

\*